

# Aktuelles zur Unterbringung: Betreuungsrecht, hessisches PsychKG und das BVerfG

## Einführung

BGT Mitte, Kassel, 21. Juni 2018

# Problemanzeigen

- Unterbringung und Zwangsbehandlung – (k)ein neues Thema
- (Menschen-) Rechte in der Psychiatrie
- Behandlung psychischer Erkrankungen – mit Zwang?
- Somatische Erkrankungen?

# Begriffe

- Freiheitsentziehende Unterbringung
  - Entzug der Fortbewegungsfreiheit
  - geschlossene Einrichtung
  - gegen den natürlichen Willen = Betroffener möchte sich bewusst fortbewegen
- Zwangsbehandlung / ärztliche Zwangsmaßnahme
  - medizinischer Eingriff
  - gegen den natürlichen Willen = bewusster Widerstand des Patienten

# Unterbringung

- Maßregelvollzug – Vollzug der Sanktionen des Strafurteils
- PsychKG bzw. Unterbringungsgesetze – Schutz Dritter und Schutz des Betroffenen vor sich selbst in Krise
- Betreuungsrecht – Schutz des Betroffenen vor sich selbst

# Zwangsbehandlung

- BVerfG (seit 2011)
  - Zwangsbehandlung ist gravierender Grundrechtseingriff
  - Gesetzliche Regelung im Maßregelvollzug unzureichend und verfassungswidrig
- BGH (2012): Gleiches gilt auch im Betreuungsrecht

# Zwangsbehandlung

- Gesetzgeber
  - Bund (2013): Regelung der Zwangsbehandlung im Betreuungsrecht durch § 1906 Abs. 3 und 3a BGB a.F. und FamFG
  - Länder (seit 2012): Reformen der Maßregelvollzugsgesetze und der PsychKGs (z.B. in Hessen oder Niedersachsen), aber noch nicht überall (z.B. nicht in Bayern)

# Zwangsbehandlung

- BVerfG (2016)
  - Staatliche Pflicht zum Schutz eines kranken Menschen, der Behandlung ablehnt, wenn die Ablehnung nicht seinem freien Willen entspricht
  - Regelung der Zwangsbehandlung im Betreuungsrecht unzureichend, weil an Unterbringung gekoppelt
- Neuregelung der Zwangsbehandlung im Betreuungsrecht (2017): § 1906a BGB + FamFG

# Unterbringung

- Aktuelles Verfahren vor dem BVerfG (2 BvR 309/15 und 2 BvR 502/16)
  - 2 Verfassungsbeschwerden von Patienten gegen ihre Fixierung in der Psychiatrie im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Unterbringung
  - Spezielle gesetzliche Regelung erforderlich?
  - Genehmigung durch Richter erforderlich?
  - Anhörung (2 Tage) am 30. und 31.1.2018